Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
was geht nur mit dieser Regierung ab? Gut, dass in knapp 100 Tagen dieser Spuk ein Ende hat. Nicht nur das „Drohnenspektakel“ des unwissenden Ministers, nein, dann bekommt die Regierung auch mal wieder eine Klatsche des Bundesverfassungsgericht zur steuerlichen Gleichstellung der Home-Ehe. Die Union hatte sich so lange dagegen gewunden, nun müssen sie es machen.
Ist schon spannend so eine dreier-Koalition aus Union-FDP-Bundesverfassungsgericht. Ganz nach dem Motto: Schwarz-gelb blockiert. Rot entscheidet. ☺
Aber im Ernst: so kann es doch nicht weitergehen. Nun hat Merkel auch noch Themen aus dem SPD-Regierungs-programm entdeckt, die sie ihr eigenen nennen will- von Rente über Miete bis hin zum Mindestlohn. Die Medien werfen ihr „Themenklau“ vor. Aber mitnichten: Das ist kein Themenklau. Bestenfalls ist das Überschriftenklau! Denn die Inhalte sind gänzlich anders. Und die Menschen wissen, wer das Original und wer die Kopie besitzt. Herzlichst

eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Flutkatastrophe – Erinnerungen an 2002 werden wach!

Die Flutkatastrophe in Sachsen und Bayern weckt Erinnerungen an die große Flut von 2002. Wieder müssen Tausende von Menschen ihre Häuser verlassen. Viele sind verzweifelt. Die Katastrophenhelfer von Feuerwehr, THW und Polizei sind unermüdlich im Einsatz. Das THW Betzdorf – Scheuerfeld hilft in Altenburg und das THW Neuwied war in Leutesdorf am Bahnhof im Einsatz. In dieser Stunde brauchen die betroffenen Menschen ein klares Signal der Solidarität. Allen Helferinnen und Helfern gebührt unser Dank. Sie leisten Großartiges. Wer Schäden erlitten hat und nicht weiter weiß, soll sich darauf verlassen können, dass mit einem Sofortprogramm geholfen wird. Da ist auch der Bund gefordert, rasch zu handeln. Betroffenheitsgesten allein reichen nicht aus.

Verteidigung

„Ich hab’s zu spät erfahren“ – Peinlich, Herr Minister!

In dieser Woche hat uns das Drohnen-Debakel im Deutschen Bundestag beschäftigt. Aus einem Problem bei der Beschaffung einer Aufklärungsdrohne für die Bundeswehr ist eine andere Frage geworden: Hat Verteidigungsminister Thomas de Maizière in schwerer Weise seine Amtspflichten verletzt? Wurde der Deutsche Bundestag getäuscht, wurden Informationen zurückgehalten und wurde dadurch eine halbe Milliarde Euro Steuergeld verschwendet? Tatsache ist: Mehr als 500 Millionen Euro sind in den Sand gesetzt worden, ohne dass eine flugfähige Drohne geliefert wurde.
Tatsache ist auch: Warnungen ihrer Beamten hat die politische Führung des Ministeriums weggewischt. Blind gegen Probleme und Einwände hat die Regierung das Projekt weiter forciert. Seit 2011 ist klar, dass der so genannte Euro-Hawk, der kein Anti-Kollisionssystem hat, im europäischen Luftraum nicht fliegen darf. Außerdem haben die US-Produzenten der Drohne die nötigen Informationen über Bauteile und Montage nicht geliefert. Die Zulassung für den Flugbetrieb war so nicht zu erlangen.
Spätestens seit Februar 2012 wussten die Staatssekretäre des Hauses, dass die Zulassung scheitert.
Was wusste der Minister?
Hat er die Warnung ignoriert oder hatte er sein Ministerium nicht unter Kontrolle?
Wie kann es sein, dass er über weitere 15 Monate ein gescheitertes Projekt fortführte, ohne das Parlament über die gravierenden Probleme in Kenntnis zu setzen?
Wie kann es sein, dass de Maizière noch im Mai 2012, drei Monate später, auf dem NATO-Gipfel in Chicago die Anschaffung des Global-Hawk forderte, obwohl es sich um dasselbe System mit denselben Zulassungsproblemen handelte? Weitere 82 Millionen Euro hat der Minister dort für ein gescheitertes Vorhaben zugesagt.
Wie kann es sein, dass der Minister, obwohl das Ministerium vom Scheitern des Projektes ausging, im Sommer 2012 die Gewährleistungsfrist gegenüber dem Hersteller verstreichen ließ? Am Mittwoch hat Thomas de Maizière vor dem Haushalts- und dem Verteidigungs-ausschuss gesprochen. Das war überfällig. Denn schriftliche Fragen unserer Abgeordneten hat er unter Bruch der Geschäftsordnung des Bundestages nicht beantwortet. Wir fordern die Befragung von Minister de Maizière im Plenum des Parlaments.
Die Öffentlichkeit und das Parlament fordern eine umfassende und vollständige Auskunft. Ob der Untersuchungsausschuss noch zu vermeiden ist, wird diese Woche zeigen, denn seine Auskunft: „Ich hab’s zu spät erfahren, ich hab’s einfach nicht gewusst,“ beruhigt nicht, sondern ist einfach nur peinlich.

Innen

Doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen

Die in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten sind Teil unserer Gesellschaft geworden und haben Kultur, Politik und Alltag geprägt. Zudem haben sie entscheidend zum wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands beigetragen. In

unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, das Optionsmodell abzuschaffen. In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sollen die deutsche sowie die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern erwerben und behalten können. Eingebürgerte müssen ihre alte Staatsangehörigkeit behalten dürfen. Zudem sind die Voraussetzungen für die Einbürgerung zu erleichtern. Neben Ehegatten müssen auch die Lebenspartner Eingebürgerter berücksichtigt werden. Leider hat die schwarz-gelbe Koalition in Namentlicher Abstimmung unseren Antrag abgelehnt.

Regierung

Merkel – das ist Politik ohne Morgen

Vier Jahre lang hat sie sich hinter der europäischen Krise versteckt und im eigenen Land den Stillstand verwaltet. 45 Gipfel hat die Regierung veranstaltet, und die nächsten stehen schon im Kalender. Politische Entscheidungen? Fehlanzeige!

Unser Land fällt wieder zurück! Gestartet ist Schwarz-Gelb mit dem Rückenwind durch unsere Politik bis 2009, mit einem Wachstum von 3,6 Prozent in 2010. Nach vier Jahren Schwarz-Gelb liegt die Prognose für 2013 nur noch bei 0,3 Prozent. Das ist Merkels Bilanz! Der Arbeitsmarkt ist erneut erlahmt. Der Frühjahrsaufschwung bleibt aus. Im Vorjahresvergleich steigt die Arbeitslosigkeit sogar wieder an. Fachkräftemangel auf der einen, Langzeitarbeitslosigkeit auf der anderen Seite. Aber Kahlschlag ausgerechnet bei der Arbeitsförderung. Das ist Merkels Versagen! Wichtige Investitionen bleiben aus. Die Infrastruktur ist marode. Der Standort leidet. Merkel lebt von der Substanz und von den Reformen ihrer Vorgängerregierungen, hat aber selbst *nichts* getan, um unser Land auf eine schwieriger werdende Zukunft vorzubereiten – weder bei Bildung, noch bei Arbeit und Fachkräftemangel weder bei Gesundheit, noch bei Rente. Im Gegenteil: Der Zugewinn an Wettbewerbsfähigkeit, den wir mit den Reformen vor zehn Jahren errungen haben, droht allein durch eine völlig missratene Energiewende wieder verloren zu gehen. Unter Schwarz-Gelb verlieren deutsche Unternehmen wieder an Wettbewerbsfähigkeit!

Vor diesem Hintergrund setzen die Ankündigungen Merkels von vergangener Woche dem Regierungsversagen die Krone auf: Nach vier Jahren Stillstand und 100 Milliarden Euro neuen Schulden wird jetzt mit verantwortungslosen Wahlversprechen die Kasse geplündert. Nicht nur der Haushalt, vor allem auch die Sozialversicherungen: Nachdem wir unter großen Anstrengungen die Rentenfinanzen stabilisiert haben, will Merkel jetzt die Zukunftsreserven und die Vorsorge auf den demografischen Wandel wieder ausplündern.

Während in Deutschland noch immer viel zu viele Kinder keinen Betreuungsplatz finden, will Merkel mit einem „Familiensplitting“ die soziale Spaltung und die Privatisierung von Bildungschancen noch weiter treiben, denn vor allem die Gutverdiener würden von dem Steuervorteil profitieren. Das Handelsblatt errechnete 28 Milliarden Euro zu Lasten des Haushaltes. Insgesamt verspricht Merkel aber 45 Milliarden Euro – ohne Gegenfinanzierung. Entweder will sie die Schulden massiv erhöhen – oder ein ganzes Wahlvolk wird in diesen Tagen schamlos hinter die Fichte geführt!

Das ist die Wiederholung des Wahlbetruges von 2009: Damals haben Merkel und Westerwelle Steuersenkungen von 24 Milliarden Euro versprochen. Sie sind niemals gekommen. Wer jetzt noch draufsattelt auf 45 Milliarden, ist ein notorischer Wiederholungstäter. Jedem Menschen muss klar sein: Merkel will und wird nicht umsetzen, was sie verspricht. Wollte sie wirklich noch etwas Sinnvolles tun, wir könnten es in den nächsten drei Sitzungswochen des Deutschen Bundestages beschließen, denn die Vorlagen der SPD – vom Mindestlohngesetz bis zur Mietpreisbremse – liegen in den Ausschüssen und werden dort von Schwarz-Gelb blockiert!

Familie

Alleinerziehende besser unterstützen

Es gibt immer mehr Alleinerziehende. Um Chancengleichheit für sie und ihre Kinder zu verwirklichen, wollen wir sie besser unterstützen. In unserem Antrag „Alleinerziehende besser unterstützen“ fordern wir die Bundesregierung auf, Alleinerziehenden besseren Zugang zu sozialer Infrastruktur zu ermöglichen. Zudem brauchen Alleinerziehende neue Arbeitszeitmodelle. Ein Rechtsanspruch auf Teilzeitausbildung und das Nachholen eines Schulabschlusses sowie die Beratung über Qualifikationsbedarf sind zu sichern. Ehe- und familienbezogene Leistungen sollen auf Ungleichbehandlung von Alleinerziehenden überprüft werden. Alleinerziehende sind öfter auf die Grundsicherung angewiesen als Familien mit beiden Elternteilen. In unserem Antrag „Neue Strategien für eine bessere Förderung von Alleinerziehenden in der Grundsicherung“ fordern wir die Bundesregierung auf, Frauen dabei zu unterstützen, den Leistungsbezug schneller verlassen zu können. Alleinerziehende sollen von der Bundesagentur für Arbeit besser gefördert werden. Deren Maßnahmen müssen auch in Teilzeit angeboten werden. Ein Rechtsanspruch für Alleinerziehende auf Qualifizierung und Weiterbildung während der ersten drei Lebensjahre eines Kindes ist vonnöten. Auch ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder über drei Jahre und Schulkinder ist notwendig. Neue Partner von Alleinerziehenden sollen erst nach einem Jahr Teil der Bedarfsgemeinschaft werden.

In eigener Sache

Bahnlärm–„Schattenminister“ Florian Pronold vor Ort

Ganz kurzfristig wird uns an diesem **Sonntag, 9. Juni 2013** um **19.00 Uhr** unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender für Verkehr, Bau und Wohnungswesen, Florian Pronold besuchen, um mit uns und den Bürgerinitiativen im **Alten Brauhaus „Zur Nette“** in **Neuwied** über Vorschläge und Umsetzungsmöglichkeiten zur Bekämpfung des Bahnlärms zu diskutieren. Gäste sind herzlich willkommen!

Bonbon

„Politik ist die Kunst, von den Reichen das Geld und von den Armen die Stimmen zu erhalten, beides unter dem Vorwand, die einen vor den anderen schützen zu wollen.“

(Unbekannter Autor)

Termine

08.06.13	*11.15 Uhr*	*AGUNDO, Erpel*
	15.00 Uhr	*Tag der Handarbeit, Altenkirchen*
	16.15 Uhr	*KiTa Fußballturnier Neitersen*
	19.30 Uhr	**Festkommers MGV Forst**
09.06.13	**10.30 Uhr**	**Pfarrfest Herdorf**
	13.30 Uhr	**Sommerfest Bruder Ulrich, Hausen**
	17.00 Uhr	**Weinblütenfest Bad Hönningen**
	18.30 Uhr	**Florian Pronold, Neuwied**
10.06.13 - 14.06.13		**Sitzungswoche in Berlin**
14.06.13	**12.00 Uhr**	**Jugendherberge Leutesdorf**
	15.30 Uhr	**Demo Ortsumgehung Alsdorf**
	17.00 Uhr	**Straßeneinweihung Forst**

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**